

Frauenquote kommt - vorerst

Aktienrechtsrevision Trotz harscher Kritik seitens bürgerlicher Parteien beharrt der Bundesrat auf einer weichen Frauenquote. Das Parlament wird diesen Entscheid wohl kippen

VON DENNIS BÜHLER UND JONAS SCHMID

Seit SVP-Mann Guy Parmelin im vergangenen Dezember BDP-Frau Eveline Widmer-Schlumpf abgelöst hat, beträgt der Frauenanteil im Bundesrat 28,6 Prozent. Versteht man die Exekutive als geschäftsführendes Gremium des Landes, erfüllen Simonetta Sommaruga und Doris Leuthard die gestern definierten eigenen Anforderungen: Als Richtwert will der Bundesrat den Geschäftsleitungen börsenkotierter Gesellschaften mit mehr als 250 Mitarbeitern eine Frauenquote von mindestens 20 Prozent auferlegen.

Strenger ist er mit Verwaltungsräten, wo mindestens 30 Prozent Frauen vertreten sein sollen. Das Parlament, welches im Staat die Aufgaben eines Verwaltungsrates wahrnimmt, kommt in der laufenden Legislatur auf gerade mal 28,9 Prozent.

Von einem starken Eingriff freilich hat der Bundesrat sowohl bei den Geschäftsleitungen als auch den Verwaltungsräten Abstand genommen: Anders als es Sommaruga zu Beginn der Aktienrechtsrevision beabsichtigt hatte, verzichtet er auf Sanktionen, wenn ein Unternehmen die Richtwerte nicht erfüllt. In einem solchen Fall muss es lediglich die Gründe für den ungenügenden Frauenanteil und Massnahmen zur Verbesserung darlegen.

Auch bei den Übergangsfristen zeigt sich der Bundesrat «sehr grosszügig», wie Sommaruga gestern vor den Medien befand: Verwaltungsräte müssen bis in fünf, Geschäftsleitungen bis in zehn Jahren weiblicher werden.

Bürgerliche Front gegen Quote

Trotzdem werden die bürgerlichen Parteien die Frauenquote bei der Parlamentsdebatte im kommenden Jahr bekämpfen. «Mit der Einführung von Geschlechter-Richtwerten missachtet der Bundesrat die wirtschaftliche Freiheit von Unternehmen und wird den Frauen nicht gerecht», schreibt die FDP in einer Mitteilung. Erfolgreichen Frauen werde künftig das Etikett der Quoten-Frau anhaften.

Der Appenzeller Ständerat Andrea Caroni ergänzt: «Es liegt in der alleinigen Freiheit der Aktionäre, ihren Verwaltungsrat zu bestimmen.» Ausreisser allerdings wird es im Freisinn einige geben: Nicht umsonst hat FDP-Magistrat Didier Burkhalter dem Vernehmen nach für den Vorschlag Sommarugas gestimmt. Und mit dem aufstrebenden Vizepräsidenten Philippe Nantermod



Bundesrätin Simonetta Sommaruga taxiert die Übergangsfristen als «sehr grosszügig».

MARCEL BIERI/KEYSTONE

macht sich einer der künftigen Taktgeber der Partei für die Regelung stark (siehe Interview rechts).

Während die SVP das Anliegen wohl geschlossen bekämpft, dürften bei den die Frauenquote ebenfalls ablehnenden BDP und CVP - Letztere möchte die Aktienrechtsrevision ganz kippen - einige Politiker und vor allem Politikerinnen von der Parteilinie abweichen. Nur: Das wird der Quote wenig nützen. Selbst wenn nebst SP, Grünen und Grünliberalen alle Frauen von FDP, CVP und BDP den Bundesratsvorschlag unterstützen und es bei den bürgerlichen Männern mehr als ein Dutzend Abweichler geben sollte - beides ist unrealistisch -, hätten die Quotengegner im National- und vor allem im Ständerat noch immer eine komfortable Mehrheit.

Der Schachzug des Bundesrates, trotz absehbarer Niederlage auf Richtwerten zu beharren, dürfte sich trotzdem als nützlich erweisen. Dank den Parlamentsdebatten wird das Thema viel Aufmerksamkeit erhalten - dies allein wird die Wirtschaft für das Thema sensibilisieren.

Regeln für den Rohstoffsektor

Die Frauenquote ist bei der Aktienrechtsrevision zwar der grösste Zankapfel, es geht aber um weit mehr. Unter anderem um Folgendes:

Die am 3. März 2013 von 68 Prozent der Stimmbürger angenommene Abzockerinitiative soll auf Gesetzesstufe umgesetzt werden; bisher sind die Regeln in einer Verordnung festgelegt. Antrittsprämien will der Bundesrat für unzulässig erklären, wenn sie keinen nachweisbaren finanziellen Nachteil kom-

pensieren. Entschädigungen für Konkurrenzverbote sollen die durchschnittliche Jahresvergütung der letzten drei Jahre nicht übersteigen dürfen.

Mit Regeln für den Rohstoffsektor will der Bundesrat Transparenz schaffen und Reputationsrisiken vorbeugen: Rohstofffördernde Firmen sollen Zahlungen ab 100 000 Franken pro Jahr in einem Bericht zuhanden staatlicher Stellen offenlegen müssen. Auf eine Reglementierung des Rohstoffhandels hingegen will der Bundesrat verzichten - was die Entwicklungsorganisation Swissaid auf den Plan ruft. «Die Schweiz foutiert sich komplett um ihre Verantwortung», kritisiert sie. Die Regierung verkenne die Zeichen der Zeit total, zumal sich auf internationaler Ebene eine Ausdehnung der Transparenzgesetze abzeichne.

NACHGEFRAGT

«In der Schweiz besteht Handlungsbedarf»

INTERVIEW: JONAS SCHMID

Herr Nantermod, warum sind Frauen in Teppichetagen grosser Konzerne immer noch untervertreten?

Philippe Nantermod: Wir haben ein kulturelles Problem in der Schweiz. Schon in der Primarschule orientieren sich Frauen an anderen Berufszielen als Männer. Ein

PHILIPPE NANTERMOD



Der FDP-Nationalrat ist auch Mitglied der FDP-Frauen.

Gesetz alleine reicht nicht aus, um die Gleichstellung zu verwirklichen. Das braucht Zeit. Die Wirtschaft steht in der Pflicht, aber auch Frauen sind gefordert.

Der Bundesrat will für den Verwaltungsrat einen Frauenanteil von 30 Prozent und für die Geschäftsleitung von 20 Prozent festlegen. Begrüssen Sie diese Pläne?

Ich bin kein Fan von Frauenquoten. In diesem Fall handelt es sich jedoch lediglich um eine Empfehlung. Unternehmen müssen darlegen, was sie alles für die Gleichstellung von Frau und Mann unternehmen. Das ist richtig, denn in der Schweiz besteht tatsächlich Handlungsbedarf.

Sie gelten als einer, der sich gegen jegliche Staatseingriffe wehrt. Warum machen Sie hier eine Ausnahme?

Die Änderungen werden von den Unternehmen mitgetragen. Davon betroffen sind nur grosse Firmen, die schon heute Jahresberichte verfassen. Es wäre wichtig zu wissen, warum zum Beispiel ein Pharma-Konzern wie Novartis keine angemessene Vertretung von Frauen im Verwaltungsrat erreicht und welche zusätzlichen Massnahmen nötig sind, um das Ziel zu erreichen.

Ihre Partei, die FDP, wehrt sich vehement gegen «Quoten-Frauen».

Viele aus meiner Partei denken in diesem Punkt anders. Wir sollten aber besser über Empfehlungen und eine Berichtspflicht für grosse Unternehmen sprechen. Einer Minderheit der FDP, insbesondere aus der Romandie ist das Problem aber bewusst.

Die Botschaft geht nun ans Parlament. Welche Chancen hat dort die Frauenquote?

Es wird sicher schwierig. Zusammen mit der Linken und der CVP hätten wir aber eine Mehrheit.

INSERAT



Corina Eichenberger-Walther
Nationalrätin, FDP

«Weniger Schweizer Strom, mehr Versorgungsengpässe.»

Am 27. November
NEIN
zum überhasteten
Atomausstieg



HEV Schweiz
Postfach, 8032 Zürich

Kurzer Prozess für Datendieb

Bundesstrafgericht Ein Ex-Informatiker des Nachrichtendienstes des Bundes hatte 2012 riesige Datenmengen entwendet. Er bestreitet, diese damals ins Ausland verkaufen zu wollen.

VON GERHARD LOB

Die 2012 durch Carlo B. kopierten Daten des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) wiesen «ein sehr hohes Gefährdungspotenzial für die Eidgenossenschaft sowie für einzelne Personen auf». Zu diesem Schluss kam gestern Bundesstrafrichter Daniel Kipfer, als er am Abend in Bellinzona das Urteil gegen den 48-jährigen ehemaligen Informatiker des NDB eröffnete. Dieser hatte eine gewaltige Datenmenge von rund 500 Gigabyte auf private Datenträger übertragen und mit nach Hause genommen, offenbar in der Absicht, diese zu verkaufen.

Wegen politischen Nachrichtendienstes wurde Carlo B. zu einer Freiheitsstrafe von 20 Monaten verurteilt, bedingt ausgesetzt auf drei Jahre. Eigentlich wären fünf Jahre angemessen gewesen, so Kipfer, doch auf-

grund einer eingeschränkten Zurechnungsfähigkeit wurde das Strafmass um zwei Drittel reduziert.

Der Fall hatte einigen Staub aufgewirbelt. Und Bundesstaatsanwalt Carlo Bulletti behauptete gestern in seinem Plädoyer, dass nur die damalige Verhaftung Schlimmers - «einen GAU» - verhindert hätte. Ein auf Englisch verfasstes Offertenschreiben war bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung von Carlo B. gefunden worden. Wem er die Daten allenfalls verkaufen wollte, blieb aber auch gestern unklar. Selbst ohne konkreten Verkaufsversuch war für das Gericht indes erweisen, dass ein abstraktes Gefährdungsdelikt vorlag.

Der Beschuldigte, Sohn eines Schweizer und einer Italienerin, der mittlerweile wieder in Süditalien lebt und sich dort mit seiner Familie eine neue Existenz aufgebaut hat, bestritt, die Daten ins Ausland verkaufen zu wollen. Er habe die Daten kopiert, um Material von Kollegen zu sammeln, darunter E-Mails. Er habe unter Verfolgungswahn gelitten und sich als Opfer von Mobbing gefühlt. Nicht klar blieb, warum er in Bern damals ein Nummernkonto eröffnen wollte. Einmal sagte er, er habe vorsorglich ein Konto für einen möglichen Lottogewinn

Wem der Beschuldigte die gestohlenen Daten allenfalls verkaufen wollte, blieb unklar.

eröffnen wollen. Dann sagte er, es sei eigentlich für seine Schwägerin gewesen. In seinem Schlusswort gab er zu, einen Fehler gemacht zu haben: «Ich entschuldige mich bei der Eidgenossenschaft.»

Der ehemalige Informatiker, der in blauem Kapuzenpullover vor Gericht erschienen war, machte teilweise einen verwirrenden Eindruck. Er bestätigte vor Gericht, psychische Probleme zu haben und in Behandlung zu sein. Ein gerichtliches Gutachten, das für das Gericht ausschlaggebend war, bestätigte die verminderte Schuldfähigkeit. Der Verurteilte erhielt daher auch eine Weisung, seine psychiatrische Behandlung fortzusetzen. Sein Verteidiger hatte im Übrigen auf Freispruch plädiert.

Der Fall hatte auch viele Fragen in Bezug auf Sicherheitslücken im Nachrichtendienst des Bundes ausgelöst. Und gestern fragten sich Prozessbeobachter, wie ein Informatiker mit so starken psychischen Problemen in einer so delikaten Position arbeiten konnte. Strafrichter Kipfer erklärte gestern, es sei nicht Aufgabe des Gerichts, sich zu diesen Umständen zu äussern, sondern nur um die strafrechtlich relevanten Punkte. Es handle sich aber um einen «aussergewöhnlichen Fall mit einer ungewöhnlichen Motivlage.»